

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schle, Hofflieferant,
Dr. Gerberstz. u. Breitestr. Ecke,
Otto Ullrich, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Unionen-Expeditionen
G. Moos, Hasenstein & Vogler J.-C.,
G. J. Taube & Co., Invalidendienst.

Berantwortlich für den
Inseratenthell:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Nr. 154

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich zwei Mal,
an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement kostet vierter-
täglich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Preußenland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 2. März.

Inserate, die sich gehaltenen Zeitzeile über doren Raum
in der Morgenaugabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugte
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenaugabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 1. März, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt mit dem Kultus-Estat.

Die Einnahmen werden debattiert bewilligt.

Bei dem Ausgabeartikel „Ministergehalt“ beschwert sich Abg. Dr. Bachem (Ctr.) über die ungleiche Behandlung der evangelischen und katholischen Konfession in der Amtsbefreiung. Der katholischen Kirche ist ein Vermögensverwaltungsgesetz gegeben worden gegen unseren Willen und gegen den Willen der offiziellen Organe der katholischen Kirche. Während in ganz Preußen konfessionelle Kirchöfe vorhanden, ist uns auf der linken Seite des Rheins der konfessionelle Kirchhof verfagt. Evangelischen Diakonissen ist ohne Weiteres die Niederlassung erlaubt, während die Niederlassung katholischer bartholomäer Schwestern von einer staatlichen Genehmigung abhängig ist. Ebenso herrscht Imparität der Ordensniederlassung. Es gibt auch noch eine Menge Kirchen, die im Besitz von Altkatholiken sind, während die Katholiken einen Mangel an Kirchen haben. Ebenso herrscht Imparität in den Einkommen der katholischen und evangelischen Geistlichen. Wir verlangen höhere Zuschüsse für katholische Geistliche auf Grund der Thatache, daß die Kirchengüter seit Anfang dieses Jahrhunderts säkularisiert worden sind. Für katholische Zwecke wirkt der Statut überhaupt viel weniger aus, als für evangelische Zwecke. Wir sind der evangelischen Bevölkerung zu entgegenkommen, indem wir die Mittel für den protestantischen Dom in Berlin bewilligen (hört! hört! links). Ich sehe von den Freiheiten ab und wende mich nur an diejenigen Protestanten, die es zu würdigen wissen, wenn auch wir für den Bau eines evangelischen Domes in Berlin eintreten. Für katholische Kirchen in Berlin, an denen großer Mangel vorhanden ist, wird jedoch nichts gethan. Auch in der Behandlung der Missionsparoisse wird vom Staat ein Unterschied gemacht zu Ungunsten der katholischen Pfarreien. Redner bringt darauf die Versetzung der Regierung zu Koblenz zur Sprache, wonach von Zuschüssen an katholische Geistliche für Baderellen die politische Stellung des betreffenden Geistlichen geprüft werden soll (hört! hört!). Ferner beschwert sich Redner gegen die Handhabung des Gesetzes seitens der preußischen Regierung. Es seien so far wissenschaftliche Vorträge gegen den Sozialismus nur deswegen untersagt worden, weil sie von Jesuiten gehalten werden sollten. Imparität herrsche auch bezüglich der Universitäten. Der katholische Charakter der Akademie zu Münster sei durch die Bevölkerung von evangelischen Dozenten erheblich tangiert worden. Die Akademie zu Münster müßte zur Universität erweitert werden. Es sei kein Grund vorhanden, warum man nicht wenigstens eine rein katholische Universität gewährt. Westfalen ist die einzige Provinz, die keine eigene Universität hat (Rufe bei den Polen: Posen!). Auch die Herren haben Recht, wenn sie eine eigene Universität verlangen. Auf dem Gebiete der Volksschule herrsche ebenfalls Disparität. Evangelische Gemeinden haben sich geweigert, eine katholische Schule mit 300 Kindern auf den Kommunale zu übernehmen. Wo hat das jemals eine katholische Gemeinde gethan? Die Volksschulinspektion wird den katholischen Geistlichen vorenthalten, während sie den evangelischen Geistlichen in der Regel gewährt wird; ähnlich ist es mit der Verwaltung der Kreisschulinspektion im Nebenamt. Katholische Schulräthe gibt es nur sehr wenige, unter den Regierungspräsidenten steht es nur zwei, unter den Oberpräsidenten keinen Katholiken. Im Kultusministerium ist nicht nur der Minister, sondern auch der Unterstaatssekretär und die sämtlichen drei Direktoren evangelisch; von allen Räthen im Kultusministerium sind nur vier katholisch. Auch in den überwiegend katholischen Kreisen gibt es keinen katholischen Landrat. Diese Behandlung ist ungerechtfertigt, weil wir auf keinem Gebiete von Intelligenz, Energie und Vaterlandsliebe der evangelischen Bevölkerung nachstehen. In einem paritätischen Staat, wie Preußen, muß das Vertrauen zwischen der Regierung und dem katholischen Volk hergestellt werden, indem man Beamte einsetzt, die das religiöse Vertrauen des katholischen Volkes genetzen. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich erkenne an, daß der zeitige Minister nicht schuld an diesen Zuständen ist und daß das Staatsministerium nicht sofort Wandel schaffen kann. Ich verlange aber, daß das Staatsministerium die Sache ernstlich in Erwägung nimmt. Es drängt sich doch die Notwendigkeit auf, daß die katholische Abteilung im Kultusministerium wieder hergestellt wird. (Beifall und Zustimmung im Centrum.) Wir sind darauf angewiesen, brüderlich Hand in Hand zu gehen. Geben Sie uns eine Vertretung in den höheren Verwaltungsstellen. (Lebhafte, anhaltender Beifall im Centrum, anhaltendes Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.)

Kultusminister Dr. Bosse: Ich kann diese heftige Klage des Vorredners über mangelnde Parität verstehen, weil es Thatsache ist, daß in vielen Stellen die Katholiken nicht entsprechend der Bevölkerungsgröße vertreten sind. Aber das liegt nicht an der disparitätsfreien Auffassung der Regierung, sondern zum größten Theil an der katholischen Bevölkerung selbst, die uns nicht die Kräfte stellt, die wir brauchen (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch im Centrum). Wir haben noch vor kurzer Zeit vier katholische Minister gehabt (hört! hört! rechts). Wir haben noch vor kurzem mehrere katholische Oberpräsidenten gehabt, wir haben sogar katholische Schulräthe, die evangelische Schulen zu unserer vollen Zufriedenheit beaufsichtigen. (Hört! hört! rechts.) Es wäre zum Schaden der katholischen Kirche, wenn ein mechanischer Durchschnitt gemacht würde und abgesehen von der Bevölkerung, die Beamten gemäß der Bevölkerungsgröße angestellt würden. Die rechte Parität muß eine sachliche, eine innere Parität sein, die wird in Erscheinung treten und ist schon in Erscheinung getreten. Gegenüber solchen agitatorischen, parteimäßig formulierten Klagen bleibt mir nichts übrig, als mich auf den sachlichen Standpunkt zu stellen und Gerechtigkeit zu üben nach bestem Gewissen. (Lebhafte

Beifall.) Wenn die Prüfung wegen der Ordensniederlassung etwas lange dauert, so ist das nicht zu vermeiden. Die evangelischen Diakonissen sind kein Analogon, sie sind kein Orden. Aus den statistischen Angaben ergibt sich, daß die Regierung alle berechtigten Wünsche der Katholiken zu befriedigen sucht. Die neuen Ausgaben für Besserstellung der Geistlichen betragen 400 000 M. davon entfallen auf die katholischen 380 000 M. (Hört! hört! rechts.) Sie müssen doch einmal damit rechnen, daß für die evangelischen Geistlichen das Görlitz nicht besteht. Was würden Sie dazu sagen, wenn wir auf die Dotation der Bischofs hinzweisen gegenüber der der Generalsuperintendenten. (Sehr richtig! rechts.) Das fällt uns nicht ein, denn Ihre Hierarchie bedeutet etwas anderes als die unsere. Daß die Akademie Münster eine rein katholische Stiftung ist, ist von der Regierung niemals anerkannt worden. Es hat eine Besetzung mit rein katholischen Dozenten ihre großen Bedenken. Nach dem Urteil der Professoren würde ein Konfessionszwang für Universitäten in Widerspruch stehen mit dem Universitätswesen. (Sehr richtig! links.) Stellglöckel katholische Vorlesungen haben kein Bedenken, aber wir müssen uns an die Kunden halten, die für das Universitätswesen bestehen. Ich bin an das Gesetz gebunden, auf eine mechanische Theilung der Konfessionen lasse ich mich nicht ein.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (nl.) erkennt dankbar an, was der Minister zur Besserung der äußeren Lage der Volksschulreher geleistet habe. Leider seien noch große Landestheile nicht davon berührt worden. Anmerkungen sei auch, was der Minister auf dem Gebiet der Schulaufsicht geleistet habe. Es sei doch gar nicht zweifelhaft, daß ohne sachmässig gebildete Kreischausleiposten nicht auszukommen sei. Zu bedauern sei die Verfügung, wonach der Schulbesuch unter Umständen verkürzt werden könne. Es habe auch vielfach Befremden erregt, daß der Minister den Geistlichen und Predigtamtskandidaten die Ablegung des Rektorexamens gestattet habe, ohne daß sie vorher praktisch im Schulamt thätige gewesen seien, was früher der Fall war. Zum Schulamt dürften nur solche Herren zugelassen werden, die wirklich Kenntnis vom Schulwesen besitzen. (Beifall rechts, lachen bei den Polen.)

Minister Dr. Bosse: Kein Theologe kommt ins Schulamt, ohne daß er das Examen gemacht hat. Bisher war es so, daß der Theologe die Mittelschulreherprüfung bestand, dann provisorisch ein Rektorat übernahm und nunmehr sich den Vorarbeiten für das Rektorexamen neben seinen Amtspflichten widmete. Das führte zu Mißständen. Das Amt wurde darunter leidet. Ich habe deshalb die Theologen von der Mittelschulreherprüfung entbunden. Sie können sofort sich zum Rektorexamen melden. Damit sind die geschilderten Schwierigkeiten beendet. Nicht entbunden sind die Theologen von der Berufslistung, daß sie sich die technischen Voraussetzungen für das Schulamt aneignen. Eine Verfügung auf Abkürzung der Schulzeit habe ich niemals erlassen.

Abg. Danzenberg (Ctr.) verlangt eine Änderung des Vermögensverwaltungsgesetzes für die katholische Kirche und Abschaffung der interkonfessionellen Friedhöfe. Es sei ungerecht, wenn man die eine der großen Konfessionen auf Kosten der anderen bevorzuge. Man könnte sich die Befreiung der höheren Verwaltungsstellen gar nicht anders als aus systematischer Zurücksetzung der Katholiken erklären. Eine katholische Abteilung im Kultusministerium sei notwendig.

Minister Dr. Bosse: Man wird mir nicht zutrauen, daß ich die Lebensader der katholischen Kirche unterbinden will. Damit hat die katholische Abteilung nichts zu thun. So lange sie bestand, herrschte gegenseitiges Misstrauen zwischen den evangelischen und katholischen Beamten im Kultusministerium. Bei allen Angelegenheiten, die die katholische Kirche betreffen, werden katholische Räthe zugezogen. Ich komme damit viel weiter, als wenn ich die katholischen und die evangelischen Angelegenheiten hinter verschlossenen Thüren verhandeln. Die ganze Verwaltung der katholischen Kirche reicht gar nicht so sehr im Ministerium, wie die der evangelischen. Die katholischen Räthe im Ministerium reichen aus. Wenn ich die katholische Abteilung wieder herstellen wollte, müßte ich zunächst das ganze Ministerium desorganisieren. Ich will Sie nicht mit siebenbürgischen Redensarten auseinander setzen; ich will lieber unterbleiben würdig sein, aber gerecht, und gerecht zu sein, bemühe ich mich. (Beifall.)

Abg. Dr. Kropatscheck (lons.): Über die Thatsache, daß es mehr evangelische als katholische Beamten gibt, kann gar nicht gesprochen werden. Aber nach den Gründen dieser Thatsache hat Abg. Bachem nicht gesprochen. Schon jetzt werden katholische Referendarbarten, wenn sie im Nebenamt brauchbar sind, freundlich von den Regierungspräsidenten aufgenommen. Die katholische Bevölkerung kann selbst das Beste thun, um den Marktstand zu befestigen. Meine Partei ist mit der Verwaltung des Kultusministers durchaus zufrieden. Wir werden ja sachmässig gebildete Kreischausleiposten nicht entbehren können, aber die Geistlichen, die Kreischausleiposten im Nebenamt waren, haben billig und gut gearbeitet.

Abg. Dr. Jastrzemski (Pole) führt Beifahrer, daß dem katholischen Predigerseminar in Posen die stiftungsmässigen Fonds entzogen seien und an evangelische vertheilt wurden. In den Gymnasiaten in der Provinz Posen würde die Parität bei der Anstellung der Gymnasiallehrer ebenso wenig gewahrt, wie bei der Anstellung der Kreischausleiposten. Die Theologen und Lehrer würden gezwungen, nach Gatzien zu gehen, wo sie Anstellung fänden. Nachdem der Minister im vorigen Jahre seine Verpflichtung anerkannt hat, den Polen auf dem Gebiet des Religionsunterrichts entgegenzukommen, sei es interessant zu erfahren, ob die damals vertheilten Erwägungen abgeschlossen seien. Die Familie könne nur dann einer Berufsfestigung in der Volksschule finden, wenn die polnische Sprache die im Religionsunterricht zugelassen werde. — Redner fragt an, wie es mit der Einführung der polnischen Sprache in der Volksschule stehe. (Beifall bei den Polen.)

Minister Dr. Bosse: Die betr. Gymnasiallehrer werden angestellt werden, wenn man die Überzeugung wird gewonnen haben, daß sie ihre Schüler im patriotischen Sinn unterrichten werden. Der polnische Privatsprachunterricht in der Volksschule hat zu großen Mißständen geführt. Der patriotische Sinn der Schüler hat gelitten. Der Unterricht wurde benutzt zu polnischen Demonstrationen, indem am Schluss des Semesters demonstrative Feiern

veranstaltet und polnische Prämien vertheilt wurden. (Hört! hört! rechts.) Ich weise die Behauptung zurück, daß die Wiederzulassung des polnischen Sprachunterrichts mit der Militärvorlage zusammenhängt, lange bevor von der Möglichkeit eines Handelsgeschäfts wegen der Militärvorlage die Rede sein konnte, habe ich die Befreiung des polnischen Privatunterrichts als notwendig erkannt. Dagegen will ich unter Befreiung des polnischen Privatunterrichts auf der Mittelstufe einen polnischen Schreib- und Lesunterricht facultativ einführen für die polnischen Kinder, deren Eltern den Unterricht verlangen. Er soll nicht länger als zwei Jahre dauern. Die Maßnahme ist getroffen aus sachlichen Gründen als ein Fortschritt auf dem Wege zu dem Ziel, daß sich die Kinder im Leben der deutschen Sprache bedienen können. Das Ziel wird eher erreicht, wenn wir einen solchen Unterricht einführen als unter dem bestehenden verdeckten Zustand. Ich hoffe, daß damit der Volksschule ein Fortschritt ermöglicht wird. (Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (lons.): Der Berliner Dom kann nicht als evangelische Kirche bezeichnet werden, sondern er ist bewilligt als ein Brachtbau für unser Herrscherhaus. Ich werde mich freuen, wenn wir recht viel katholische Beamte bekommen, aber was heißt es nun, wenn Abg. Bachem meinte, wir wollen hohe Beamte, die das Vertrauen des katholischen Volkes haben? Wer entscheidet darüber? Die Auffassung des Abg. Bachem war durchaus demokratisch. Ich denke, Beamte sollen das Vertrauen des Monarchen haben. Die katholische Abteilung ist unmöglich geworden, seitdem das Centrum im Parlament die Beschwerden und Wünsche des katholischen Volkes vertreten kann. Es ist doch auffallend, daß die Erklärung des Ministers über den polnischen Sprachunterricht gerade zusammenfällt mit der ersten Beratung des Handelsvertrages im Reichstag, wo die Polen von einiger Wichtigkeit sind. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Polenpolitik des Fürsten Bismarck unterstützt, weil wir glauben, daß wir die deutschen Kinder nicht polnisch zu lehren brauchen. Wir können die Verwaltungsbefugnisse des Ministers nicht einschränken, wir können auch nicht verbieten, daß etwas geschah, was uns nicht gefällt. Wir bedauern aber auch vom Standpunkt des Deutlichkeit in Posen aus dies Zugeständnis gegen die Polen. Die Polen werden nicht zufrieden sein, sondern mehr verlangen. (Beifall rechts, lachen bei den Polen.)

Minister Dr. Bosse: Die Maßregel ist gedacht im Interesse des Deutlichkeit. Ob weitere Wünsche von Polen geäußert werden, weiß ich nicht. Das sie nicht erfüllt werden, dafür garantire ich.

Die weitere Beratung wird nunmehr auf Freitag 11 Uhr verlegt. Schlüß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 1. März, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte Präsident v. Beckow: Von vielen Seiten ist mir der Wunsch ausgesprochen worden, den Gegenstand der heutigen Tagesordnung noch heute zu erledigen. Für den Fall, daß dies in dieser Sitzung nicht möglich ist, habe ich die Absicht, eine Abdankung anzubauen.

Die erste Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrages in Verbindung mit dem Antrag v. Hardorff (gleitend Bollsfalz) wird fortgesetzt.

Abg. Hartmann (Volks): Gestatten Sie auch mir als Vertreter eines rein ländlichen Wahlkreises und als Landmann das Wort für den Vertrag zu ergreifen. Im letzten Wahlkampf sind auch uns, der Volkspartei, Kandidaten vom Bund der Landwirthe entgegengestellt worden, aber unser Bauerstand war zu klug, und es ist keiner dieser sogenannten „Bauernkandidaten“ als Sieger aus der Wahlurne hervorgegangen. Mir ist von einer Erregung unseres württembergischen Bauernstandes gegen den russischen Handelsvertrag nichts bekannt. Auch nicht eine einzige landwirtschaftliche Korporation hat sich dagegen ausgesprochen. Nachdem einmal mit anderen Betriebelexportländern Verträge abgeschlossen sind, nützt eine Abschließung gegen Russland nichts. Das begreifen unsere Bauern sehr wohl. Die Getreidezölle sind Finanzzölle, aber nicht Schutzzölle, sollten sie als Schutzzölle wirken, so müßten sie zu ungeheuerer Höhe gestiegt werden. Die Staffeltarife sind wohl Ausnahmetarife, aber es fällt uns nicht ein, von ihrer Aufhebung die Annahme des Handelsvertrages abhängig zu machen. Bei uns geht es vorwiegend Kleingrundbesitz, 46 Proz. bestehen bei uns nur 1/4 Hektar, und von 1/4—10 Hektar bestehen 45 Proz. Diese Besitzer haben von Getreidezöllen gar keinen Nutzen. Dabei müssen diese Leute für den Konsum in ihrem Haushalt zahlreiche Artikel kaufen, und diese Artikel sind gerade durch Zölle verhütert. Die Regierung sollte sich vielmehr anstrengen sein lassen, die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu fördern durch Befreiung zu Meliorationen, zu technischen Verbesserungen der Produktion. Es sollte darauf gesehen werden, daß die Viehzucht gesteigert wird, die in letzter Zeit immer höhere Exträge abwirkt. Auf der anderen Seite würde die Ablehnung des Vertrages die Industrie schädigen und damit die Arbeiter, die noch die besten Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte sind. In früherer Zeit bildete der Extrakt aus dem Hopfenbau einen wesentlichen Theil des Einkommens der kleinen Bauern bei uns. Dieser Extrakt ist bestigt worden durch den Rückgang des Exports in Folge der russischen Hopfenzölle. Daher begrüßen wir die Ermäßigung der russischen Hopfenzölle mit Freuden. Auch die süddeutsche Ostwestfalenproduktion würde vom russischen Vertrage Vortheil haben. Sie räumen durch die Annahme des russischen Vertrages die bestehenden Verkehrshindernisse weg. Sie unterstützen damit praktisch die Friedensbestrebungen, die Sie in der Theorie sonst so oft betonen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Graf v. Kanitz (dl.): Der Ausspruch des Reichskanzlers „Ein großes Land wie Russland läßt sich nicht differenzieren“, deckt sich ganz mit meinen Anschauungen. Ich bedauere nur, daß der Reichskanzler nicht schon im Dezember 1891 bei Beratung des

österreichischen Vertrages diese Aeußerung gethan hat. Allerdings meinte er im Dezember 1891, daß auch mit anderen Staaten in Unterhandlungen eingetreten werden sollte, aber ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß Russland damit gemeint war. Ich habe den Reichskanzler damals gebeten, die Konsequenzen unserer Handelspolitik gegen Russland zu erwägen; der Reichskanzler ist mir nicht gefolgt. Ich habe vorausgesagt, in welche Zwangslage wir durch den Differentialzoll gegen Russland kommen würden, und alles das ist eingetroffen. Diese Erwägungen haben mich s. B. bestimmt, gegen den österreichischen Vertrag zu stimmen. Der erste Fehler unserer Handelspolitik war, daß unser Konventionaltarif an Österreich, die Schweiz, Italien ohne irgend eine Gegenleistung auch den Meßbegünstigungsstaaten, wie Nordamerika, zufiel. Dazu kommt, daß der Vertrag zwischen Frankreich und Russland kein Meßbegünstigungsvertrag, sondern ein Tarifvertrag ist, so daß wir keinen Vortheil von diesem Vertrag haben, wohl aber Frankreich von unserem Vertrage mit Russland. Entschuldbar ist das Vorbehinder der Regierung damit, daß sie zu spät Kenntnis von dem französisch-russischen Vertrage erhielt. Als ich beim rumänischen Vertrage den Antrag stellte, ihn nur auf ein Jahr zu bewilligen, erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, das sei der absonderlichste Antrag, der je gestellt worden sei. Er wußte also noch nicht, daß der russisch-französische Vertrag nur auf ein Jahr geschlossen werden sollte. (Hinterkeit.) Wir suchen jetzt nach neuen Steuern. Wir hätten es nicht nötig, wenn wir nicht Handelsverträge geschlossen hätten, die einen Aufall von vielen Millionen mit sich bringen. Ich bitte die Anhänger des Vertrags, namentlich den Abg. Richter, der ja unseren Finanzen eine besondere Fürsorge angegedeutet läßt, überhaupt die Kreisschulden sowohl von der männlichen wie von der weiblichen Seite (Hinterkeit), sich die Verantwortung für diese Finanzfrage vor Augen zu halten. (Lachen links.) Nur ein reiches Land verträgt eine starke Einfuhr, man müßte also den Beweis liefern, daß Deutschland durch den russischen Vertrag an Wohlstand und Kraftwachstum würde. Dass das der Fall sein wird, glaubt doch Abg. Richter selber nicht. Als wir die ersten Handelsverträge bekamen, hat Abg. Richter in seiner Zeitung es ausgesprochen, man würde froh sein, wenn die Industrie nach den Handelsverträgen nicht schlechter gestellt sein wird als vor den Handelsverträgen. Es sei zweifelhaft, ob die Ausfuhr nennenswert steigen werde. Dieser Vertrag ist in meinen Augen gar kein Vertrag. (Hinterkeit.) Aus „Schwerwiegenden Gründen“ kann die russische Regierung nach dieser Vorlage für bestimmte Artikel ein Einfuhrverbot erlassen. Dazu kommt die Besuchnahme der russischen Regierung, gewisse Zölle von 1898 an zu erhöhen. Es ist ein Fehler, einen Vertrag auf 10 Jahre abzuschließen. Selbst oberösterreichische Interessenten haben sich mit der einjährigen Dauer des Vertrages einverstanden erklärt. Wenn ein Hollstoll ein Schuhzoll sein soll, dann kann er gar nicht auf 10 Jahre festgesetzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Den Aktienbesitzern sind Rechte in Russland eingeräumt, die durchaus werthilflos sind. Den Hauptvortheil vom Vertrage haben nicht wir, sondern Russland, und die russischen Preßorgane verkünden das ja leicht genug. Der russische Zoll auf die Fabrikate der Eisenindustrie ist noch immer ein so hoher, daß er prohlifitiv wirken muß, und ich glaube nicht, daß Deutschland seine Roheisen einführen nach Russland wieder gewinnen wird. Ja, von oberösterreichischen und sächsischen Industriellen wurde sogar die Behauptung ausgesprochen, man würde Russland überhaupt kein billiges Roheisen liefern, damit sich dort keine große Eisenindustrie entwickeln möge. Auch unsere Schienenausfuhr nach Russland wird jetzt nach Zustandekommen des Vertrages nicht die Höhe erreichen wie 1882. Ich warne die Industrie vor überdrüssigen Hoffnungen. In der Deutschen Zeitung zum Vertrage ist viel über die Notlage der Industrie die Rede, aber von der Not der Landwirtschaft sieht nichts darin. Allerdings kommt der Hollstoll gegen Russland nicht voll zum Ausdruck, aber unrichtig ist doch die Behauptung, daß die Gewährung der Zollermäßigung auf den Getreidepreis nicht einwirken wird. Warum legt denn Russland so großen Werth auf diese Ermäßigung? (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Dem Abg. Grafen Bernstorff möchte ich doch beweisen, daß die Beziehungen in Hannover anders liegen als bei uns im Osten. Würde er dieselbe Meinung haben, wenn er die Tonne Roggen zu 104 Mark verkaufen würde, 50 Mark unter dem Selbstkostenpreis? (Lachen links.) Ja, wir sehen an jeder Tonne 50 M. zu (Erneute Hinterkeit links). Die Zahl der Subsistenzionen ist im Osten um das 15 bis 20fache größer als im Westen, und es ist statistisch nachgewiesen, daß jährlich eine immer größere Anzahl von Bauern ruiniert wird. Wir hätten wohl für die Handelsverträge gestimmt, wenn die Nachtheile, die wir dadurch befürchten, auf andere Weise aufgewogen werden. Wir legten besonderen Werth auf die Währungsfrage. Warum hat die Regierung bis jetzt mit der Währungsfrage gewartet. Jetzt liegt die Sache für uns so, daß, wenn der Vertrag zu Stande kommt, wir noch lange nicht sicher sind, daß auf dem Gebiet der Währungsfrage irgend etwas in der Richtung unserer Wünsche gethan wird. (Abg. Richter: Gott sei Dank!) Wenn die Handelsverträge noch 10 Jahre in Kraft bleiben, dann werden viele weitere Berufsgenossen ruiniert sein, dann werden viele brave Landleute durch den Exekutor von der Scholle vertrieben sein. (Beifall rechts.) Es ist ein Kampf auf Leben und Tod. (Beifall rechts.) Ich will auf das Beispiel Frankreich nicht eingehen, weil der Reichskanzler es nicht haben will, obwohl bei der Militärvorlage wir uns ausgiebig mit Frankreich beschäftigt haben. Nur die eine Thatache will ich hervorheben, daß Frankreich seine Verträge nicht auf zehn Jahre abschließt. Es muß jedoch als möglich mit dieser Handelspolitik gebrochen werden. Unsere Handelspolitik muß in neue Bahnen geleitet werden. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Der Vorredner ist ein Gegner von Differentialzöllen. Als konsequenter Mann müßte er für diesen Vertrag sein Votum abgeben, da damit ja die Differentialzölle fallen. Ich will dem Grafen Kanitz das Verdienst nicht bestreiten, daß er den russischen Vertrag vorausgesehen hat, aber für die Regierung möchte ich das Verdienst vindizieren, daß sie den Vertrag nicht bloß vorausgesehen, sondern auch sein Zustandekommen angestrebt hat. Wer die Geschichte unserer Handelspolitik seit 1870 verfolgt, wird überall die Spuren davon finden, daß sie, auch die Umkehr von 1878 darauf gerichtet war, zu einem beständigen Verhältnisse mit Russland zu kommen. Fürst Bismarck hat es selbst gesagt, daß, um auf die russische Zollbefreiung zu wirken, man auf russische Produkte einen Zoll legen müsse. Wenn man meint, daß Österreich niemals mit uns einen Vertrag abgeschlossen hätte, wenn es gewußt hätte, daß wir auch mit Russland einen Vertrag eingehen wollten, so liegt darin der Vorwurf einer gewissen Illloyalität. Es ist doch eine eigentümliche Erziehung, daß, während früher die Gegner des österreichischen Vertrages diesen als ein erbärmliches Geschäft hinstellten, bei dem wir übers Ohr gehauen seien, jetzt dieselben das direkte Gegenstell behaupten. Unsere Unterhändler haben den österreichischen nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß wir auch zu einem russischen Vertrage kommen würden. Es wäre der größte Fehler gewesen, einen Vertrag auf längere Zeit als auf 10 Jahre zu schließen. Unsere Industrie bedarf, wenn sie einen lukrativen Export haben will, dringend der Stabilität. Einen Vertrag auf längere Zeit schließen, hieße der Industrie mit der einen Hand etwas geben und mit der anderen nehmen. Berechnungen über die Einnahmeausfälle durch die Zollermäßigung können überhaupt nicht gemacht werden. Wenn man übrigens behauptet, daß wir mit russischen Artikeln überschwemmt werden

nach dem Vertrage, dann wird ja nicht ein Ausfall entstehen, sondern Mehreinnahmen. (Sehr richtig! links.) Wenn wir im vorigen Jahre erheblich weniger Zollentnahmen hatten als 1891, so führt das daher, daß wir eine geringe Einfuhr an Getreide hatten wegen der besseren Ernte nicht aber aus den Zollermäßigungen. Freilich wird in vielen russischen Blättern betont, daß Russland ein sehr gutes Geschäft mit dem Vertrage macht, aber es sind auch Stimmen aus Industriebezirken, namentlich aus der Mostauer Gegend, laut geworden, die sich sehr bitter aussprechen und genau wie Graf Kanitz vom Nutzen der Landwirtschaft vom Nutzen der russischen Industrie sprechen. (Hinterkeit.) Der russische Zoll auf Kohlen ist durchaus nicht so hoch: wenn eine Ausfuhr bei einem Zoll von 60 Kopeken möglich war, wird er auch bei einem Zoll von 40 Kopeken möglich sein. Ein Land, das so hohe Zölle auf Rohprodukte legt, hat andere Produktionsbedingungen als wir und kann mit uns nicht konkurrieren. Ein Einfuhrverbot z. B. für Schläfen besteht nicht. Bei dem Bau der Südbahn, der 10 Jahre in Anspruch nehmen wird, ist ja die russische Regierung darauf angewiesen, Eisenbahnmateriale in großen Mengen aus dem Auslande sich kommen zu lassen und es kann uns doch nicht gleichgültig sein, ob wir an diesen Lieferungen Theil haben oder sie England überlassen. Den Vertrag mit Russland zu verwerfen, wäre ein Experiment, von dem alle Theile der deutschen Bevölkerung, auch der Landwirtschaft, schwer betroffen würden. (Sehr richtig! links.) Der Vorredner hat es mit großer Sorgfalt vermieden, die Argumente zu beleuchten, die ich am Montag hier vorgebracht habe, man scheint es auf jener Seite nicht für wert zu halten, die Gründe zu widerlegen, und zu meinen, meine Argumente seien zu gering. Nun, ein Schelm zieht mehr als er hat. (Hinterkeit.) Wenn die Herren es nicht der Mühe für wert halten, meine Argumente zu widerlegen, so bleiben sie eben unüberlegt, und damit bin ich auch zufrieden. (Hinterkeit und Beifall links.)

Preußischer Finanzminister Dr. Miguel: Graf Kanitz hat namentlich die finanzielle Seite dieses Vertrages hervorgehoben und an die Abgeordneten, die für den Vertrag stimmen, einen Appell gerichtet, sich auch dessen bewußt zu sein, daß die Einnahmeausfälle, die entstehen sollten, in irgend einer Weise durch Vermehrung jüngster Einnahmen des Reiches gedeckt werden müssen. Ich kann diesem Appell nur vollständig beipflichten, denn das Reich ist nicht in der Lage, auf erhebliche Einnahmen zu verzichten und doch die bedeutend gestiegenen Ausgaben zu decken. Wenn man aber einmal untersucht, welche Wirkung gerade dieser russische Vertrag auf die Finanzen des Reiches ausübt, dann wird man doch die Gefahr für die Reichsfinanzen nicht als so groß ansehen können wie der Abg. Graf Kanitz. Es ist vollkommen zutreffend, daß, wenn man ziffermäßig ohne Rücksicht auf den deutsch-russischen Vertrag rechnet, man auf einen Einnahmeausfall von etwa 35 Millionen kommt. Welchen Einfluß die Handelsverträge haben auf die Vermehrung der Einfuhr, wodurch dieser Einnahmeverlust gedeckt werden wird, kann wohl Niemand von uns mit einiger Sicherheit übersehen. Im Großen und Ganzen wird man zweifellos annehmen können, daß eine Zölleherabsetzung in der Regel korrespondiert mit der Vermehrung der Einfuhr, wenigstens bei einer Reihe von Artikeln, und daß diese am ehesten zu erwarten oder zu befürchten ist bei Einfuhr von Getreide, die ja eine ganz beschränkte und bestimmte von einer Zollsdifferenz von 1½ M. nicht abhängige Konsumtionsknappheit mit sich führt. Bei denjenigen, die auf große Einnahmeausfälle rechnen, auf der anderen Seite aber zugleich Befürchtungen wegen der Preisgestaltung des Getreides haben, ist ein innerer Widerspruch vorhanden. Wenn der russische Vertrag nicht abgeschlossen wird, wenn der jetzige Zustand vielleicht mit Beseitigung des Hollstolls, aber mit dem Bestehenbleiben der Differenzierung bleibt, so kann nur eins eintreten gegenüber der Thatache des Abschlusses des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Dieser Vertrag war ja nicht allein ein Vertrag mit Österreich, sondern ein Vertrag mit den wesentlich auf dem Gebiete der Getreideproduktion konkurrenzenden Staaten, da unsere Grenzen dadurch geöffnet sind für die Einfuhr von Getreide aus der ganzen Welt mit Ausnahme Russlands zum Zollbetrag von 3,50 M. Das hat zur Wirkung entweder, daß die russischen Importeure den höheren Zollzoll zahlen, ohne daß dadurch eine wesentliche Einwirkung auf die Preisgestaltung im Innern ausgeübt wird, oder daß der Export von russischem Getreide für die Dauer ausgeschlossen ist. Die Frage, ob es ratsam ist, überhaupt die Getrebedöbel zu ermächtigen, ob es ratsam ist, auf längere Dauer Handelsverträge zu schließen und welche Vorbehalte dabei zu machen sind, ist bei Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages definitiv entschieden für die nächsten Jahre. Wir haben also keine Veranlassung, diese Frage hier noch weiter zu erörtern. Da der deutsch-österreichische Vertrag die gleiche Begünstigung für Amerika, England, Holland, Belgien, Südamerika mit sich bringt, so unterstehen die Preise in Deutschland der Einwirkung des gesamten Weltmarktes. (Sehr richtig! links.) Nun sagt man allerdings: Mit Ausnahme des Roggens. Wir waren von vorneherein der Meinung, daß zwar für einige Jahre bis auf eine gewisse Grenze die differenzielle Behandlung des russischen Roggens aufrecht erhalten werden könnte, daß aber dem Handel auf die Dauer in seiner außerordentlichen Beweglichkeit es gelingen würde, auch für Roggen diese differenzielle Behandlung illusorisch zu machen. Ist dies richtig, dann hat der Abschluß des Vertrages auf die Lage für die Dauer nicht die Wirkung, wie sie von vielen dargestellt wird. Aber, wenn wir selbst russisches Getreide dauernd differenziell behandeln könnten, und wenn selbst der Handel uns kein X für ein U machen könnte, dann sind doch andere Staaten genug vorhanden, um den nötigen Roggen für Deutschland zu liefern. Die baltischen Provinzen, selbst Amerika würden an Stelle Russlands treten und sich auf die Produktion von Roggen legen. Die Worte des Grafen Kanitz über die Notlage der Landwirtschaft haben vollständig Wiederhall in den Herzen der deutschen Regierungen gefunden. (Beifall rechts.) Ich bin der Überzeugung nicht bloß persönlich, sondern ich kann auch Namens der preußischen Staatsregierung sprechen. (Rufe rechts: Aber das Reich!) auch Namens der Reichsregierung, daß wir die peinliche Lage der Landwirtschaft in allen europäischen Kulturländern in vollem Maße anerkennen, daß wir sie in hohem Grade auch in Deutschland zugestehen, und zwar nicht bloß für den Norden und Osten, daß wir aber auch glauben, daß sie im Norden und Osten nicht bloß eine peinliche und gefährliche ist, sondern mehr oder weniger schon den Charakter einer Notlage hat. Die preußische Regierung ist vollständig davon durchdrungen, daß es die Ausgabe der nächsten Jahrzehnte sein wird, mit voller Fürsorge und Aufmerksamkeit diese Lage der Landwirtschaft nicht bloß zu beobachten, sondern auch zu verbessern zu suchen. (Beifall rechts.) Aber trotzdem hat die preußische Regierung nicht anders konkurrenzieren können, als daß sie aus der gegebenen Lage heraus diesem Vertrage ihre volle Zustimmung ertheilt hat. Graf Kanitz hat Recht, wenn er die Lage eine Zwangslage nennt, und dieses Wort trifft auch für diejenigen zu, die Gegner der früheren Handelsverträge waren. Die preußische Regierung hält die Vortheile, die durch diesen Vertrag nicht bloß für die Industrie, sondern auch für Handel und Schiffahrt und damit auch der Landwirtschaft zu Gute kommen, für sehr bedeutsam. Die Lage war eine derartige, daß keine Regierung, so lebhaft sie auch die schwierige Lage der Landwirtschaft anerkannte, einen Zustand aufrecht erhalten konnte, der weder politisch noch wirtschaftlich auf die Dauer durchführbar war. Dem Grafen Kanitz muss ich

darin Recht geben, daß dieser Vertrag am meisten unmittelbar auf die Provinzen wirkt, die an sich schon am meisten leben. Die preußische Regierung ist davon vollständig durchdrungen, aber die Herren suchen das Recht der Landwirtschaft an einem verkehrten Punkte; sie glauben durch Ablehnung des Vertrages die Landwirtschaft zu bessern, die Preisverhältnisse günstiger zu gestalten. Die Erfahrung der letzten Jahre, wo wir einen Krieg mit Russland geführt haben, hat das Gegenteil gelehrt. Ich glaube, daß die Vorfälle der Gegner des Handelsvertrages sich nicht bewahrheiten werden, und ich hoffe, daß, wenn der Vertrag zu Stande gekommen ist, die scharfen Gegenseite, die sich entwickelt haben und sich weiter zu entwickeln drohen zwischen Industrie und Landwirtschaft, wieder verschwinden werden, und daß man sich dann mit den Thatsachen abfinden wird. Man kann, wenn man die allgemeine Lage der Landwirtschaft ins Auge faßt, allerdings von einem Kampf auf Leben und Tod sprechen, denn auf keinem Gebiete hat die Entwicklung der Verhältnisse der letzten Jahrzehnte so gefährlich gewirkt als auf dem Gebiete der Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Die Erweiterung der Verkehrsmitte, die Steigerung der Konkurrenz hat die Getreidepreise in Deutschland zum Sinken gebracht — der Zoll ist ja beim Schwanken der Preise von sekundärer Bedeutung. Das Wort des Grafen Kanitz vom Kampfe um die Existenz der europäischen Landwirtschaft kann ich also nicht zurückweisen, wohl aber kann ich es zurückweisen, wenn er es verknüpft mit diesem Vertrag, denn nach meiner Meinung würde dieser Vertrag die Lage der Landwirtschaft nicht verschlechtern. (Beifall.)

Preußischer Landwirtschaftsminister v. Seyden: Ich trete den Ausführungen des Vorredners bei und ergänze sie gegenüber den Befürworten von der rechten Seite dahin, daß die jetzt in Angriff genommenen Maßregeln zur Beseitigung der Not der Landwirtschaft von dem ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten, dem Reichskanzler Grafen v. Caprivi angeregt worden sind.

Abg. v. Koscielski (Pole) erklärt Namens seiner Freunde, daß sie im gegenwärtigen Stadium noch nicht in der Lage seien, endgültig zu dem Vertrage Stellung zu nehmen (Hinterkeit). Es ist eine etablierte Kommissionssberatung, welche für die Februar-Entscheidung, ob für ob wider, bringen. Bekanntlich bezeichnet sich Redner als Freund des Vertrages, der allgemeine Friedensbürgerschaften gewährt und die Grenzen der Kultur weiter nach dem Osten hinausschiebe. Nur gegen einige Bestimmungen des Vertrages richteten sich die Bedenken seiner Freunde; darin seien sie aber einig, daß die Landwirtschaft keineswegs geschädigt werde. Der Antrag v. Kardorff auf Einführung der geltenden Zollskala sei, wie gestern Abg. Lieber ganz zutreffend dargebracht. Art. 2 des Vertrages, die gegenwärtige freie Zulassung der Fremden betreffend, erscheint Redner in seiner Fassung teilweise bedenklich, indem es hier fast den Anschein habe, als werde der Deutsche dem Russen nachgegeben. Redner kommt nochmals auf die Abstimmung seiner Freunde in der Militärvorlage zurück. Damals habe man den Polemie Klage vorgeworfen, jetzt würde man vielleicht von Kriegslust sprechen. Man möge aber beruhigt sein. Er, Redner, würde allen Leuten eine so gegebene Nachtrage, wie den Mitgliedern der polnischen Fraktion. (Hinterkeit.)

Abg. Osann (ndl.) polemisiert gegen den Abg. Richter in Bezug auf dessen geistige Ausführungen über die Spaltung in der nationalsozialistischen Partei. Bei uns ist es nicht üblich, daß nur einer den Ton angibt, wir spielen eine vielfältige Symphonie. (Zuruf des Abg. Richter: Das ist ja eben. Hinterkeit.) Wie kam Herr Richter uns einen Vorwurf daraus machen, daß sich einige unserer Fraktionsmitglieder im Einverständnis mit ihren Wählern dem Vertrag widersetzen? (Abg. Richter: Sie sind ja freigelassen!) (Hinterkeit.) Präsi. v. Ledebur bittet, die Brotzeit zu unterlassen. Es ist nicht wahr, daß Fürst Bismarck die Schutzpolizei inauguriert habe; er ist durch den Vorgang anderer Länder, z. B. Amerikas und Frankreichs, zu seiner Schutzpolizei gewungen worden. Dem rumänischen Vertrag habe ich nicht zugestimmt, weil ich die negativen Folgen des österreichischen noch rechtzeitig erkannt hatte. Durch ein mächtiges Wort und persönliche Einflüsse lassen wir uns nicht leiten. Wir sind in die Wüste gegangen und haben mit uns selber gerungen. (Hinterkeit.) Der russische Vertrag wird der deutschen Industrie erhebliche Vortheile bringen, und der Landwirtschaft stellt die Regierung Kompenstationen, eine Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffelzölle in Aussicht. Das sind doch sachliche Momente, die bestimmt auf eine günstige Beurteilung des vorliegenden Vertrages einwirken können. Wir sind bereit, der Landwirtschaft zu helfen, nicht bloß im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten. Deshalb vertrauen uns auch unsere Wähler. Ich werde für den Vertrag stimmen.

Abg. Dr. Barth (Frei. Bergg.): Der preußische Finanzminister hat so gesprochen, als wenn es sich nicht um eine Rechtfertigung, sondern um eine Entschuldigung des Vertrages handelt. Wir stehen ja heute nicht mehr frei da, nachdem wir allen anderen Staaten die Vergünstigung gewährt haben. Mehr und mehr hat sich die Ansicht eingebürgert, daß die Vertragspolitik Deutschlands seit 1892 ein bedeutsames politisches und internationales Werk war. Da müssen wir es heute erleben, daß ein so einflussreiches Mitglied der preußischen Staatsregierung, wie Finanzminister Miguel, soviel Wasser in den Wein unserer Begeisterung giebt und die Argumente anerkennt, mit denen die Rechte gegen den Handelsvertrag kämpft, namentlich die Not der Landwirtschaft. Eine Not hat immer bestanden, und wenn sie in der Landwirtschaft größer ist als anderswo, so liegt das daran, daß die Landwirtschaft in Deutschland sich noch nicht den modernen Verhältnissen angepaßt hat. Das wird sie aber thun müssen, wenn es ihr gut gehen soll, und gesetzgeberische Maßregeln werden ihr nicht helfen. Die englische Landwirtschaft hat das verstanden, und man wird ihr mit Unrecht vor, daß sie zu Grunde gegangen ist. Noch immer wird in England viel mehr Weizen, Gerste und Hafer produziert als im Königreich Preußen hört, hört! (links). Allerdings ist die Grundrente herabgegangen, aber ich halte dieses Sinken der Grundrente für die erste Bedingung der Gefundung. Die Ansicht von der dauernden, allgemeinen Notlage der Landwirtschaft ist allmählich zur fixen Idee geworden. Nicht die Landwirtschaft bringt Opfer, wenn die Zölle ermäßigt werden, sondern das deutsche Volk hat Opfer gebracht, als 1879 die Zölle eingeführt wurden. Die Opfer der Konsumenten sind auch nach der Ermäßigung des Zolles auf russisches Getreide noch immer groß genug. Vor Allem aber, wo bleibt das Opfer der Landwirtschaft bei dem russischen Vertrage? Es ist doch unüberlegt geblieben, daß der Differentialzoll gegen Russland keine Einwirkung auf den Getreidepreis gehabt hat. Gerade der Zollkrieg hat preisdrückend gewirkt, weil die Spekulation gezwungen war, die großen vorhandenen Getreidequantitäten auf den deutschen Markt zu werfen. Wenn nun die Landwirtschaft beim russischen Vertrage kein Opfer bringt, so versteht ich die ganze Kompensationspolitik nicht. Diese Kompensationen, Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffelzölle, bestreitet ja nur einen Theil der Opposition, diejenigen, welche den Kern der Opposition gegen den russischen Vertrag bilden, werden aber auch durch diese Maßregel nicht umgestimmt. Es war gut, den Antrag des Abg. v. Kardorff hier mit zu verhandeln, aber eine Beratung derselben in der Kommission ist überflüssig. Der Antrag beweist die große Verlegenheit der Herren. Die Durchführung des Antrages würde wie ein Differentialzoll wirken, da ja das Schwanken des Rubelkurses auf die Preisbildung keinen Einfluß hat. Den Differentialzoll wollen wir ja eben abhängen. Ein Differentialzoll würde aber gerade der deutschen Landwirtschaft

schafft den meisten Schaden bringen. Denn er würde ein Zusammenspielen des Roggen- und Weizenpreises zur Folge haben. Nur eine Möglichkeit giebt es, das deutsche Volk beim Genuss des Roggens zu erhalten: der Roggenpreis muss immer niedriger sein als der Weizenpreis. Der Vertrag ist vortheilhaft für uns und für Russland. Die Frage, wer mehr Vorteile erlangt hat, ist von untergeordneter Bedeutung. Unter Fürst Bismarck fragte man immer bei Handelsverträgen: Wer wird überwältigt? In diesem Punkte unterscheidet sich unsere Vertragspolitik von der Bismarckschen. Wenn es wirklich wahr wäre, dass wir den Russen über den Löffel hängen, so würde ich gerade gegen den Vertrag stimmen und würde sagen: Gebt uns einen Vertrag mit geringeren Konzessionen, der auch die Russen befriedigt. Ein Vertrag muss beide Theile zufrieden stellen. Wir stimmen für den Vertrag auch im Interesse der Landwirtschaft. (Unruhe rechts.) Die große Mehrheit der Nation sieht in dieser Frage hinter der Regierung und deshalb bedarf es keiner Konzessionen oder Kompensation. Die Herren von jener Seite wissen das auch ganz gut, dass die öffentliche Meinung die Annahme dieses Handelsvertrags, und zwar die schlechteste Annahme verlangt. (Beifall links.)

Abg. v. Blötz (bl.): Ich wiederhole, was ich schon so oft wiederholt habe und was die freimüttigen Zeitungen immer wieder verdrehen, dass wir den Reichskanzler als Person niemals angegriffen haben, wie wir das bei der Militärvorlage bewiesen haben. Wir machen keine prinzipielle Opposition, ob der Reichskanzler auch noch 10 oder 20 Jahre im Amt bleibt. Die jetzige Wirtschaftspolitik muss geändert werden, denn wir sind überzeugt, dass sie nicht zum Heil Deutschlands gerecht. Wenn es wirklich dazu kommen sollte, dass Bataillone von unzufriedenen Bauern vor dem Kaiserpalast existieren, so können Sie sicher sein, dass das auch nur eine lokale Demonstration sein würde. (Große Heiterkeit links.) Wir haben noch niemals den Antrag gestellt, dass der Reichskanzler von seinem Posten entfernt wird. Wie war es aber vor 30 Jahren? Da haben Sie (links) direkt bei der Krone beantragt, dass Fürst Bismarck seinen Posten verlassen solle. (Bustimmung rechts.) Dem Fürsten Bismarck sind in der liberalen Presse Gemeinheiten nachgesagt worden, dass er Schweine- und Schnapspolitisches getrieben hat. Man darf Prinzipien allerdings nicht zu weit treiben, sonst könnten wir einen Zoll von 20 Mk. verlangen. (Heiterkeit links.) Sie verlangen, wir sollen beweisen, dass die Landwirtschaft durch den Handelsvertrag geschädigt wird. Beweise brauchen wir nicht. (Heiterkeit.) Beweisen Sie uns, dass die Landwirtschaft nicht geschädigt wird. (Heiterkeit links.) Es hat mich erschreckt, was der Reichskanzler sagte, dass durch den Vertrag die allgemeine Kultur gefördert werden soll. Die Regierung hat doch zunächst die Wirtschaft, die Kultur im eigenen Lande zu pflegen. Wir haben nicht Industrie und Landwirtschaft getrennt. Der Bund ist gerade zu einer Welt entstanden, als die Gefahr drohte, dass die Industrie von der Landwirtschaft mit rauher Hand getrennt würde. Wir haben auch nicht Groß- und Kleingrundbesitz getrennt. Das Schöne ist gerade, dass der Bund Groß- und Kleingrundbesitz vereinigt. Die Junker haben sich nicht an die Spitze gebracht. Die Bauern haben eingesehen, dass wir ihre Interessen vertreten. Ich wünsche, der Regierung, dass sie stets eine so lokale Opposition hat, wie wir sie treiben. Scharf muss die Opposition sein, sonst nützt sie uns nichts. Die freimüttige Opposition gegen das Volksschulgesetz war viel schlimmer als die des Bundes der Landwirthe. Nicht nur die Landwirtschaft wird durch den Vertrag geschädigt, sondern auch die Industrie hat wenig Vorteile. Dem Abg. v. Bennigsen kann man eigentlich nicht böse sein, wenn er mit der einen Hand schlägt, streicht er mit der andern. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird nun mehr geschlossen.

In seinem Schlusswort erläutert

Abg. v. Kardorff (Rp.), seine Absicht, gegen den Vertrag zu stimmen, würde wankend werden, wenn er überzeugt wäre, dass der Vertrag wirklich den Frieden sichere, er sei aber überzeugt, dass nach Annahme des Vertrages wir in Zustände hineinkommen würden, die den Frieden aufs Neuerste gefährden; im Übrigen ziehe er seinen Antrag zurück.

Perfönsch bemerkte Abg. Richter gegenüber dem Grafen Kanitz: Ich habe früher geäußert, und diese Neuherzung bezog sich lediglich auf die Handelsverträge von 1892, dass diese Verträge nicht erheblich die Ausfuhr zu steigern geeignet sind, habe aber hinzugefügt, dass Böllerhöhungen des Auslandes, welche durch jene Verträge verhindert wurden, die Ausfuhr zu vermindern geeignet waren. Ich habe mich gestern gegen die nationalliberale Partei gewandt, einzlig aus dem Grunde, weil Abg. v. Bennigsen gegen mich und meine Partei polemisiert hat. Dem Abg. Dian verfügte ich zu seiner Beruhigung, dass ich bei meiner gestrigen Charakteristik überhaupt nicht an ihn gedacht habe, aus dem einfachen Grunde, weil mir seine Leidenschaft, seine Wüstenwanderung, wie er aus dem Saulus ein Paulus geworden ist, unbekannt war, wahrscheinlich weil ich es nicht für wichtig genug gehalten habe, mich mit seiner Stellung zu beschäftigen. (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen gegen die Stimmen der beiden Freisinnigen Parteien, der Sozialdemokraten und Volkspartei.

Abg. Dr. Sigl (b. l. Fr.) konstatiert am Schlusse der Sitzung, dass in der Bayern so sehr tangirenden Frage kein Bayer zu Wort gekommen sei. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Militäretat.)

Deutschland.

* Berlin, 1. März. Über den Schluss der Handelsvertragsdebatte schreibt uns unser Korrespondent:

Die Drohung mit einer Abstimmung, mit der der Präsident die heutige Sitzung des Reichstages eröffnete, hat gewirkt. Zwar immerhin noch bis 6½ Uhr floß der Strom der Verehrsamkeit, aber unter dem Zwange der schrecklichen Aussicht, Abends nochmals überlange Reden mit anhören zu müssen, that der Reichstag ein Uebriges und machte ein schnelles Ende. Der Handelsvertrag geht nunmehr an die Kommission von 28 Mitgliedern, die insofern ihre Arbeit vereinfacht finden wird, als Herr v. Kardorff, mild und großherzig, wie er nun einmal ist, seinen verfehlten Antrag auf die Einführung einer gleitenden Zollstufe noch im letzten Augenblick zurückgezogen hat. Die Kommission wird indessen auf alle Fälle nur ein destruktives Element in diesen Handelsvertragskämpfen sein. Der Witz des Abg. Richter, dass man in die Kommission höchstens die zwölf Abgeordneten schicken möge, die noch immer nicht wissen, wie sie stimmen sollen, ist so übel nicht.

In der That weiß jeder schon heute, wie er sich entscheiden wird, und auch die Polen werden es wissen, obwohl ihr Sprecher, Herr v. Koscielski, heute erklärt, dass seine Fraktion ihre Entschließung vom Gange der Kommissionsberatung abhängig mache. Ueberzeugungen gab es heute nicht, konnte es wohl auch nicht geben; immerhin brachte die Debatte ein nicht überall erwartetes Ereignis, eine Miquel-Nede! Davor später. Graf Kanitz und Herr v. Blötz konnten dem Reichstage nichts sagen, was sie nicht schon so und so oft gesagt haben. Neu war höchstens die lebenswürdige Kühnheit, mit der diese Herren auch vor Absurditäten nicht mehr zurücksehen. Graf Kanitz führte beispielweise zur Schächerung der landwirtschaftlichen Nöthe an, dass manche östpreußischen Landwirthe die Tonne mit 104 Mark verkaufen müssten, wobei sie 50 Mark aus ihrer Tasche zulegten, weil die Produktions-

kosten 154 Mark betrügen. Man kann sich denken, wie hinter diese Mittheilung einen großen Theil des Hauses stand. Graf Kanitz steht ein wenig die Kraftheit; er hat etwas von dem grotesken amerikanischen Humor, dem nur wohl ist im gigantischen Zuviel. Von der Methode dieses Abgeordneten steht es ein gutes Bild, dass er den russisch-französischen Tarifvertrag mit seiner einjährigen Kündigung für ein bedeutendes Werk hält, während ihm die russischen Zugeständnisse im deutsch-russischen Vertrage geradezu lächerlich winzig vorkommen. Es ist ein ganz angenehmer Schwerenöther, dieser Graf Kanitz, und man hört ihn aufrichtig gern mit seiner behaglichen Breite und seinem freundlichen Humor, mit dem er ein bisschen auch sich selbst persifliert. So zum Beispiel, wenn er dem Staatssekretär von Marschall gründlich auseinandersetzt, dass dieser vom russisch-französischen Tarifvertrag zur Zeit seines Abschlusses und noch lange nachher offenbar keine Kenntnis gehabt haben könnte. Grobes Erstaunen des Herrn Staatssekretärs! Wie will Graf Kanitz diese läbne Behauptung beweisen? Aber er weiß sich schon zu helfen, nämlich so: dem Antrage des Grafen Kanitz beim rumänischen Handelsvertrag auf ein Jahr hält. Da er der Vertrags hatte der Staatssekretär mit der Bemerkung widersprochen, dass ihm etwas so Verkehrt noch nicht vorgekommen sei. Über der russisch-französische Tarifvertrag ist doch mit einjähriger Kündigung bestimmt. Folglich kann Herr von Marschall, als er beim rumänischen Vertrag jene Bemerkung macht, vom russisch-französischen Vertrag nichts gewusst haben. In solchen Scherzen ergibt sich Graf Kanitz vergnügt und genügsam weiter. Frhr. v. Marschall hatte es unter diesen Umständen beinahe beschämend zu quellen, zu antworten. Aber nicht seine, sondern die Rede des Finanzministers Miquel war es, die das Haus diesmal vor Allem fesselte. Herr Miquel für den Handelsvertrag, das ist nach den bekannten Vorgängen der letzten Zeit wirklich ein Ereignis. Die Spanner pfeifen es so förmlich von den Dächern, dass der preußische Finanzminister im Herzen kein Freund der Handelsvertragspolitik des Reichskanzlers ist, und auch wenn die Neuherzung des Finanzministers auf dem letzten "Abend" bei Herrn von Bötticher nicht so gut beglaubigt wären, wie sie es sind, würde es als erwiesen gelten können, dass die nothgedrungene Zustimmung des Herrn Miquel zum Handelsvertrag seine sozusagen innere Stellungnahme zur Sache nur ganz äußerlich berührt. Es hat den starken Anschein, als sei es gerade nach den Geschichtchen, die vom Bötticher-Abend berichtet werden, unvermeidlich für den Finanzminister geworden, aus seiner Zurückhaltung endlich herauszutreten. Vielleicht ist es nur ein Zufall, aber eigentlich nahm es sich doch aus, dass der Reichskanzler und Herr Miquel sich nicht begrüßten, dass sie während der ganzen Sitzung getrennt von einander saßen. Graf Kanitz habe es sich nicht nehmen lassen, auf die Meinung des Finanzministers zu provozieren. Er zitierte Herrn Miquel als Eidshelfer für die Behauptung, dass das Finanzwesen im Reiche und in Preußen durch die Zollverbüßen infolge der Handelsverträge erschwert werde. Herr Miquel sah bei dieser freundschaftlichen Anzapfung mit grossem Elfer in die vor ihm ausgebreteten Papiere, ohne eine Miene zu verzieren. Gewiss hat er in seiner mit Spannung angehörenden Rede die deutliche Vorstellung, ob der Vertrag aus wirtschaftlichen und politischen Gründen anzunehmen sei, nicht umgangen, und er hat die Frage mit Ja beantwortet. Insofern scheint Alles in Ordnung. Aber wie dies Ja verbrämt und ornamentirt war, das zu hören war in seiner Art ein Genuss. Herr Miquel hat die bewegtesten Worte für die Notth der Landwirtschaft gefunden. Er hat nur gerade die Körnzölle nicht als Mittel zur Heilung dieser Notth bezeichnet können und wollen, aber so entschieden er auch den Grundbesitz auf den Weg organischer Agrarreformen vermittelte, so klang auch aus diesen gewiss unanfechtbaren Stellen ein starkes Mitgefühl mit denjenigen Beschwerden heraus, die gerade bei den Körnzöllen und ihrer jetzigen Ermächtigung einsetzen. Es war, wie der Abg. Barth weiterhin zutreffend bemerkte, allerdings eine Entschuldigung für den russischen Handelsvertrag, aber es war mehr eine Entschuldigung als eine Rechtfertigung der leidenden Wirtschaftspolitik. Indessen man muss zufrieden sein, und man konnte es, da der Landwirtschaftsminister v. Heyden, der sogleich auf Herrn Miquel folgte, und der als Mann mit vielen Ar und Hälften von der Sache doch auch etwas versteht, sein Ja in ungleich kräftiger Formen kleidete. Von Herrn v. Heyden haben die reinen Agrarier jedenfalls weit weniger zu erwarten als von Herrn Miquel. Es ist denn doch mehr als Zufall, dass gerade Großgrundbesitzer, wenn sie einmal den Bann der agrarischen Demagogie durchbrochen haben oder von vorherem außerhalb der Einwirkungen dieser Agitation stehen, aus ihrem wohlwogenen Interessenbewusstsein heraus die stärksten Töne zu Gunsten der Handelsvertragspolitik finden. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die gestrige Rede des Grafen Bernstorff, die Neden vom Schlag derer des Grafen Kanitz und des Herrn v. Blötz nicht zehnmal, sondern hundertmal aufwiegt. Im Namen des württembergischen Kleingrundbesitzes stand heute, gleich bei Beginn der Sitzung, der schwäbische Bauer Hartmann, ein Volksparteier, gute und nützliche Worte.

Der Bundesrat hat am Donnerstag die Vorlage betreffend die zollfreie Ablassung von Stahlrohren und rohen unpolierten Röhren aus Kupfer bei der Verwendung zum Schiffsbau dem III. und IV. Ausschuss überwiesen. Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Änderung des Gesetzes über den Unterflügungswohnzirk und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs wurde in der vom Reichstag beschlossenen Fassung angenommen. Die hierzu vom Reichstag gefasste Resolution betreffend die Ausdehnung des Unterflügungswohnzirkgesetzes auf Elsaß-Lothringen wurde dem Reichstanzler überwiesen.

W. B. München, 1. M. Die Kammer der Abgeordneten setzte die Generaldebatte des Kultussets fort. Der Kultusminister hob hervor, die Einschränkung der freien Forschung wäre mit der Aufhebung der letzteren gleichbedeutend und für jedes Unterrichtswesen daher unentbehrlich. Das Militärrahr der Einjährig-Freiwilligen werde, wie bereits den Juristen, künftig auch den Philologen nicht in die Studienzeit eingerechnet werden; auch die Fernfreiheit sei zur allgemeinen Bildung ebenso unerlässlich wie die Lehrfreiheit. Die Duellfrage habe der Kriegsminister in Übereinstimmung mit dem gefannten Kabinett dargelegt, die Mensuren seien lediglich ein Studentenport.

Aus der Provinz Posen.

R. Meiserik, 1. März. [Zur Wahlbewegung.] Die Kandidatur des Landgerichtsrath's Wettke ist zurückgezogen worden, da die Mehrheit des Komitees, wie in einem Circular bekannt gegeben wird, nicht mehr für Aufrechterhaltung derselben ist. Eine Verpflichtung, für die Ziembowitsche Kandidatur einzutreten, wird nicht übernommen. — Neben der vorherige Versammlung des "Bundes der Landwirthe" wird noch bekannt, dass Landrat v. Höll folgende Neuherzung hat: "Ich bin ein alter eingefleischter Agrarier, habe mit Mirbach, Arendt und Gen. Schulter an Schulter gekämpft und bin ein Freund der Doppelwährung."

Telegraphische Nachrichten.

Charlottenburg, 1. März. Für die im Jahre 1896

geplante Gewerbeausstellung ist, wie die "Neue Zeit" meldet, das Terrain der ehemaligen Charlottenburger Hindernissrennbahn in Aussicht genommen. Der bezügliche Pachtvertrag sei bereits abgeschlossen.

Kiel, 1. März. Der Kommandant der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine Admiral Frhr. v. Sterne hat an den kommandirenden Admiral Frhr. v. d. Golz folgendes Telegramm gerichtet: "Von innigster Trauer über die Katastrophe auf dem Schiffe 'Brandenburg' erfüllt, bringe ich En. Excellence in meinem und im Namen der kaiserlichen und königlichen Kriegsmarine die Gefühle treuer, kameradschaftlicher Theilnahme tiefbewegt zum Ausdruck mit der Versicherung, dass wir in Leid und Freude mit unseren deutschen Waffenbrüdern eines Herzens sind."

Dresden, 1. März. Der König ist soweit wieder hergestellt, dass das Hosptial am Sonnabend nach Villa Strehlen verlegt werden kann.

Berlin, 1. März. Die Untersuchung hat ergaben, dass die im Abgeordnetenhaus gefundene Beobachtung nur mit Del getränkte Sägespähne enthält. Der Urheber ist noch unbekannt.

Rom, 28. Febr. Die Parlaments-Kommission beschloss heute, in der Deputirtenkammer die Ermächtigung zur geistlichen Verfolgung des Deputirten De Felice-Giuffrida und die Aufrechterhaltung der Haft desselben zu beantragen.

Rom, 1. März. Die heutige Sitzung der Kammer wurde durch Erwiderungen der Interpellanten und Fragesteller auf die gestrigen Neden des Ministerpräsidenten Crispi und des Justizministers Calenda ausgestellt.

Petersburg, 1. März. Das heute Nachmittag 5 Uhr ausgebogene Bulletin über den Gesundheitszustand des Ministers des Auswärtigen v. Glers besagt: In Bezug auf die Herzkrankheit und das Allgemeinbefinden führt die Besserung fort, die Anfälle von Herzbeleidigung wiederholen sich nicht.

London, 1. März. Der Privatsekretär des Premierministers Gladstone teilte auf eine Anfrage mit, die Sehkrat Gladstones habe in den letzten Monaten, und zwar seit dem Tage, an welchem Gladstone auf dem Bahnhof in Chester ein Biscuit in das Auge geworfen wurde, schnell nachgelassen. Die Demission Gladstones könne nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Gladstone habe seine gestrige Audienz bei der Königin benutzt, um die wachsenden Schwierigkeiten anzudeuten, die sich der Erfüllung seiner Amtspflichten entgegenstellten.

London, 1. März. Durch eine Explosion von Schießbaumwolle in der Riegungswerkstatt von Waltham Abbey wurden vier Personen schwer verletzt. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

London, 1. März. [Unterhaus.] Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, gab die Erklärung ab, die Regierung habe seinerseit Mithellung von dem Wunsche irgend einer Regierung nach Wiedereinberufung der internationalen Münzkonferenz. Die englische Regierung beabsichtigt nicht, die Einberufung vorzuschlagen, da sie keinen Vorteil darin erblickt.

London, 1. März. Dem "Reuters Bureau" wird aus Bathurst gemeldet: Vor Sierra Leone sind militärische Verbündungen eingetroffen; die Lage ist unverändert. Der Feind besetzt von Neuem seine Stellung bei Bushumballa. Fodi Silah drohte heute mit einem Angriff auf Sabojee.

Madrid, 1. März. Aus Melilla wird gemeldet: Die Kabyle erneuerten am 25. Februar den Angriff auf die Fahrzeuge der spanischen Fischer, sodass dieselben nach Melilla zurückkehrten mussten.

New York, 1. März. Eine Depesche aus der Stadt Mexiko meldet, dass Wilson, der Urheber des neuen amerikanischen Zolltarifs schwer erkrankt ist. Wilson traf in der vergangenen Woche in Mexiko ein, um seine durch die parlamentarische Thätigkeit erschütterte Gesundheit wiederherzustellen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Pos. Sta.".

Berlin, 2. März. Morgens.

Wie verlautet, wird der Kaiser der heutigen Sitzung des Landes-Dekollegiums beiwohnen. Auf besonderen Wunsch des Kaisers würden darin folgende Gegenstände zur Beratung kommen: Einwirkung des Gesetzes vom 31. Mai 1891 auf die Zuckerbesteuerung und die gegenwärtige Lage des Kleinbahnwesens.

Der "Nord. Allg. Btg." zufolge ist an Stelle des Grafen Mirbach Otto Wülling aus München-Gladbach in die Silber-Enquête-Kommission berufen.

Danzig, 2. März. Auf dem westpreußischen Landtag sprach sich der Oberpräsident von Göhler für den russischen Handelsvertrag aus. Von einem Gegensatz der Wirkung dieses großen Vertrages könnte bei den verschiedenen Berufsklassen der Provinz Westpreußen keine Rede sein. Der russische Generalkonsul war als Ehrengast anwesend.

London, 2. März. Die "Daily News" kündigen an, es sei keine Hoffnung, dass Gladstone die nächste Session fortsetze.

London, 2. März. Die "Wall Mall Gazette" meldet: Gladstone würde nächsten Sonnabend von der Königin empfangen werden, um sein Entlassungsgesuch zu überreichen. Die Königin würde Rosebery sofort aufzulösen. Gladstone würde Mitglied des Unterhauses, nicht aber des Kabinetts werden.

London, 2. März. Aus Kalkutta wird gemeldet: In der heutigen Sitzung des Generalgouvernements kündigte der Finanzsekretär Westland seine Absicht an, den allgemeinen 5 proz. Werthzoll auch auf Silber einzuführen, und baumwollene Waren vollständig auszuschließen. Der Einfuhrzoll für Petroleum soll sich verdoppeln. Die Einnahmen aus neuen Zöllen betragen 14 Millionen Rupien.

London, 2. März. Wie das Bureau "Reuter" aus Montevideo meldet, ergab die gestrige Präsidentenwahl durch

den Kongress kein Resultat. Es konnte keine Majorität erzielt werden. Der Kongress vertagte sich.

Washington, 1. März. Das Repräsentantenhaus nahm den Gesetzentwurf Blancs, betreffend die Ausprägung von 2 Millionen Dollars monatlich des in dem Staatschafe befindlichen, von der Prägegebühr herrührenden Silbers, an.

Washington, 1. März. Noch einer Meldung aus Mexiko befindet sich Wilson außer Gefahr.

Rio de Janeiro, 1. März. Die Präsidentenwahlen vollzogen sich sehr ruhig. Es wird als sicher angenommen, daß Morris zum Präsidenten und Pereira zum Vizepräsidenten gewählt werden.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 1. März. [Bur Börse.] Die zuverlässliche Stimmung der Börse hat sich auch heute nicht verleugnet. Obgleich italienische Wertpapiere auf schwache Pariser und Londoner Tagen schwach lagen und in Folge dessen anfänglich auch auf den übrigen Gebieten speziell in den Alten der östlichen Bahnen Realisationen ausgeführt wurden, blieb die Grundtendenz fest und nachdem das anfangs vorliegende Material zu etwas niedrigeren Kurzen Aufnahme gefunden hatte, entwickelte sich auf allen Märkten wieder eine steigende Bewegung, ohne daß irgend welche besondere Beweggründe dafür bekannt geworden wären. Vielfach wurde angenommen, daß es sich noch um Deckungen für die jüngsten Insolvenzen handelte, weil vielfach die Engagements nicht direkt gelöst, sondern von den Gegenkontrahenten für eigene Rechnung weiter geführt worden seien. Gegen Kohlenwertha wurde wieder eine Meldung ins Feld geführt, es habe eine Frankfurter Kohlenfirma vom Schweizer Bergwerksverein einen großen Posten Kohlen 13 Mark unter Syndikatspreisen gelaufen. Wahrscheinlich handelt es sich auch in diesem Falle wieder um eine minderwertige Kohle. (N. S.)

Breslau, 1. März. (Schulgivire.) Sehr fest und lebhaft. Neue Brot. Reichsbanklo 87,10, 3¹/₂, proz. L.-Pfdbr. 9,00, Kontol. Kürse 24,10, Kür. Brote 99,00, 4proz. ung. Goldrente 96,30, Bresl. Diskontobank 99,00, Breslauer Wechslerbank 98,00, Kreditanstalt 227,0, Schles. Bankverein 113,00, Donnersmarckhütte 101,15, Flößher Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 137,50, Obersiles. Eisenbahn 71,00, Oberschles. Portland-Bement 96,25, Schles. Cement 149,75, Oppeln. Cement 113,40, Rummelsburg 131,00, Schles. Brotkaffee 184,00, Laurahütte 124,50, Berlin. Delfabri. 85,00, Österreich. Banknoten 163,60, russ. Banknoten 220,00, Schles. Cement 95,50, 4proz. Ungarische Kronenanteile 92,10, Breslauer elektrische Straßenbahn 125,25.

Frankfurt a. M., 1. März. (Eselsten-Sozietät.) [Schluß]. Österreich. Brotkaffee 300%, Franzosen 269%, Lombarden 88%, Ungh. 96,50, Gotthardbahn 156,30, Diskonto-Kommandit 180,20, Dresdner Bank 39,90, Berliner Handelsgesellschaft 133,40, Döblicher Gußstahl 134,70, Dortmundener Union, St.-Br. —, Gelsenkirchen 148,60, Harpener Bergwerke 138,50, Hibertia 119,50, Laurahütte 126,10, 3proz. Portugiesen 21,40, Wallensteinsche Deutsche Meerbahn 78,30, Schweizer Centralbahn 118,80, Schweizer Riedholz-Lar. 109,50, Schweizer Union 76,70, Italienische Meridional 104,70, Schweizer Simplonbahn 60,00, Nordde. Brot. 100, —, Bergfleiner 59,00, Italiener 73,70, Fest.

Hamburg, 1. März. (Privatverkehr an der Hamburger Überböhrde.) Kreditaktien 300,50, Lombarden 212,50, Diskonto-Kommandit 190,20, Russische Noten 220,00, Nordde. Bank —, Italiener 73,70, Deutsche Bank 165,75, Laurahütte 125,25, Berliner Handelsgesellschaft —, Dresdner Bank —, Eisens schwächer.

Rio de Janeiro, 28. Febr. Wechsel auf London 9%.

Buenos-Aires, 28. Febr. Golbagio 254,00.

Bremen, 1. März. (Börsen-Schlüsselbericht.) Nassfinktes Petroleum. (Offizielle Notizierung der Bremer Petroleumsbörse.) Stetig. Loto 4,85 Br.

Baumwolle. Seitig. Upland middl. loto 38% Br. Schmalz, Ruhig. Wilcox 40 Br., Armour Hellb 39% Br., Cubabs 41 Br., Rose "Brother (ture) — Br., Fairbanks 35 Br. Wolle. Umsatz: 39 Ballen.

Tabak. Umsatz: 37 Tas Maryland, 28 Tas Virginny, 42 Tas Kentucky, 1782 Tasen St. Feltz.

Garnwaren. 1. März. Gütermarkt. (Schlüsselbericht.) Niederschlesischer L. Produkt. Tasche 88 v.G. Rendement neue Usance, freit an Bord Hamburg per Febr. 12,70, per März 12,70, per Mai 12,90, per Sept. 12,40. Ruhig.

Hamburg, 1. März. Kaffee. (Schlüsselbericht). Good average per März 81%, per Mai 80, per Septbr. 76%, per Dezbr. 72%. Behauptet.

Havre, 1. März. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Siegler & Co.) Kaffee in Newark fiktisch mit 10 Points Waffe.

Rio 7000 Sac, Santos 2000 Sac Rezzette für gestern.

Havre, 1. März. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Siegler & Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 101,00, per Mai 98,50, p. Sept. 94,00. Ruhig.

Kettwaren, 1. März. Petroleumsmarkt. (Schlüsselbericht.) Nassfinktes Type weiß loto 12% bez., 12% Br., per April 12% Br., per Mai 12% Br., per Sept.-Dez. 12% Br. Fest.

Kunstwaren, 1. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer flau. Gerste ruhig.

Münsterland, 1. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine p. März 143, per Mai 145. Roggen per März 103, p. Mai 104, per Juli 106, p. Oktober 109.

Münsterland, 1. März. Vanczim 43.

Münsterland, 1. März. Java-Kaffee good ordinary 52.

London, 1. März. Chalk-Rupfer 40%, p. 8 Monat 41%.

London, 1. März. An der Kiste 3 Weizenabgaben angeboten.

Wetter: Regenschauer.

Glasgow, 1. März. Rohlsen. (Schluß). Mixed numbers warrants 43 lb. 2 d.

Liverpool, 1. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Fest.

Wldl. amerikan. Lieferungen: März-Mai 4% Käuferpreis, April-Mai 4%, Verkäuferpreis, Mai-Juni 4%, Käuferpreis, Juni-Juli 4%, do., Juli-August 4%, do., August-Sept. 4%, do., September-Oktober 4%, do., Oktober-November 4%, do., do.

Newport, 28. Febr. Kaufmehl in New-York 7%, Petroleum in New-York 7%, do. in New-Orleans 7%, Petroleum frage, do. in New-York 6,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 6,00, do. Petroleum certifit. per März 80. Schmalz Western steam 7,70, do. Rohe u. Brothers 8,00, Mais p. Febr. —, do. p. März 41%, do. per Mai 42%. Röther Winterweizen 62%, do. Weizen per Febr. 61%, do. Weizen per März 61%, do. Weizen p. Mai 63%, p. Dez. 71. Getreidefracht nach Liverpool 2%. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17%, do. Rio Nr. 7 p. März 15,72, do. Rio Nr. 7 p. Mai 15,27. Viehl Spring clear 2,15. — Zucker 21%.

Rupfer solo 9,75.

Chicago, 28. Febr. Weizen per Febr. 57%, per Mai 59%, — Mais per Febr. 34. — Spec short clear nom., Worf per Febr. 11,92.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 2 März. Wetter: Rauh.

Hamburg, 1. März. Salpeter loto 8,82 1/2, April 8,65. Steigend.

Newyork, 1. März. Weizen per März 61 1/4 C., per Mai 61 C.

Berliner Produktenmarkt vom 1. März.

Wind: NW., früh + 3 Gr. Raum, 760 Min. — Wetter: Bewölkt.

Am heutigen Markt befindet Weizen schon seit einiger Tagen relativ feste Haltung; unter dem Eindruck der in Amerika schon wieder eingetretenen Abschwächung ließen die Preise zwar auch hier heut etwas niedriger ein; da aber das Angebot keineswegs belangreich war, hat mäßige Kauflust die Tendenz bald wieder bestätigt und der Schluss war gut behauptet.

Roggen, auf den offenbar die laut heutiger Monatsaufnahme nur sehr unbedeutende Verringerung des hiesigen Lagerbestands einwirkte, setzte zunächst die rückläufige Bewegung noch fort, hat sich aber schließlich im Anschluß an Weizen ebenfalls erholt. Gef. 50 To.

Auch Hafer eröffnete in matter Haltung; doch hat wohl später die bessere englische Depesche noch so viel Einfluß erlangt, daß der Schluss noch etwas höher ist, als gestern.

Rogggen in mehr war schließlich gegen gestern behauptet. Gef. 900 Sac.

Für Rübel hat sich die Deckungsfrage nicht erneuert; es zeigte sich vielmehr Realisationsangebot, in Folge dessen die Tendenz merklich verflaut.

Spiritus zeigt bei geringem Verkehr wenig Aenderung. Gef. 20 000 Liter.

Weizen loco 134—145 Mark nach Qualität gefordert. Mai 142,50—143 M. bez., Juni 143,50—143,75 M. bez., Juli 144,50—144,75 M. bez., Sept. 146,50—146,75 M. bez.

Rogggen loco 119—124 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120,50—121 M. ab Bahn bez., März 122 M. bez., April 123,25—123—123,25 M. bez., Mai 124,25—124,75 M. bez., Juni 125—125,25 M. bez., Juli 126—125,75—126 M. bez., Sept. 129—128,75—129,25 M. bez.

Mais loco 108—119 M. nach Qualität gefordert, März 108 M. nom., Mai, Juni und Juli 104,50—105,75 M. bez., Aug. 105,25—105,50 M. bez., Sept. 105,50—105,75 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loto 131—177 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 140—157 M., do. pommerischer, westmärkischer und medlenburgischer 140—158 M., do. schlesischer 140—157 M., feiner schlesischer, pommerischer und medlenburgischer 160—172 M. ab Bahn bez., Mai 132,75—132,50 bis 133 M. bez., Juni und Juli 132,50—132,25—132,75 M. bez.

Erbse in Kochware 160—190 M. per 1000 Kilogr., Butterware 140—153 M. per 1000 Kilo nach Dual. bez., Victoria-Erbse 210—222 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,25—17,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,25—14,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,75 bis 15 M. bez., März 15,50—15,55 M. bez., Mai 15,80—15,85 M. bez., Juni 15,90—15,95 M. bez.

Petroleum loto 18,60 M. bez.

Rübel loto ohne Faß 43,7 M. bez., April-Mai 44,2—44 bis 44,2 M. bez., Mai 44,6—44,2—44,4 M. bez., Oktober 44,8 bis 44,7—44,9 M. bez.

Spiritus untersteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loto ohne Faß 50,8 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loto ohne Faß 31,2 M. bez., März 33,5 M. bez., April 36,3—36,1—36,2 M. bez., Mai 36,3—36,1—36,2 M. bez., Juni 36,7—36,5—36,6 M. bez., Juli 37—36,9—37 M. bez., August 37,4—37,3—37,4 M. bez., Septbr. 37,7—37,6 M. bez.

Kartoffelmehl März 15,00 M. Gd.

Kartoffelstärke, trocken, März 15,00 M. Gd.

Die Regulierungspreise wurden festgesetzt: für Roggen auf 122 M. per 1000 Kilo, für Mais auf 126,50 M. per 100 Kilo, für Roggenmehl auf 15,50 M. per 1000 Kilo, für Spiritus 70er auf 35,30 M. p. 10 000 Liter Proz. (N. S.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling — 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. Gulden holl. W. = 1 M. 7½ Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

| Bank-Diskontowechsel v. 1. März. | Brnsch. 20 T.L. | Ziehung. | Schw. Hyp.-Pfd. 4 1/2 | 101,40 bzG. | Wrsch.-Teres. 5 | 111,10 G. | Baltische gar.... 5 | 101,50 G. | Pr.Hyp.-B.I. (rz.120) | 4 1/2 | Bauges. Humb... 6 |
|----------------------------------|-----------------|-------------|-----------------------|---------------|------------------|-----------|------------------------|-------------|-----------------------|--------------|-----------------------|
| Amsterdam.. 5 | 8 T. | 169,45 B. | Cöln-M. Pr.-A. 3 1/2 | 132,00 bz | Serb.Gld-Pfd. 5 | 74,20 B. | Wrsch.-Wien. 5 | 236,00 G. | do. do. VI. (rz.110) | 5 | Moabit..... 6 |
| London..... 3 | 8 T. | 20,44 bzG. | Dess. Präm.-A. 3 1/2 | do. Rente.... | 65,30 B. | 64,80 bz | Gr. Russ. Eis. gar 3 | 83,50 bzG. | do. div. Ser.(rz.100) | 4 1/2 | Passage..... 6 |
| Paris..... 2 1/2 | 8 T. | 84,30 bz B. | Ham. 50 T.-L. | 3 1/2 | do. neue 5 | 104,10 bz | Ivang.-Dombr. g. 4 1/2 | 103,90 bzG. | do. (rz.100) | 3 1/2 | U. d. Linden. — |
| Wien..... 5 | 8 T. | 163,70 | Lüb. 3 1/2 | 127,00 bz | Stockh.Pf. 4 1/2 | 102,10 G. | Gotthardbahn | 160,75 bz | do. (rz.100) | 3 1/2 | Berl. Elekt.-W. 8 1/2 |
| Petersburg.. 5 1/2 | 3 W. | 217,20 bz | Mein. 7 Guld.-L. | — | do. St.-Anl. 86 | 64,30 G. | Ital.Mittelm... 5 | 78,40 bz | do. do. 4 1/2 | 169,00 bz G. | Berl. Lagerhof. — |
| Oldenb. Loose 3 | 8 T. | 217,80 bz | Oldenb. Loose 3 | 126,25 bz | Span. Schuld. 4 | 102,10 G. | do. Chark.As.(O) 4 | 96,90 bz | do. do. 4 1/2</td | | |